

Baugewerbe fordert rasche Maßnahmen

Bau verabschiedet Resolution aufgrund steigender Preise

Aufgrund des Kostendrucks und der Lieferengpässe fordert das Baugewerbe gezielte Maßnahmen gegen die dramatische Entwicklung.

11.04.2022, 12:50



© ADOBE STOCK

Die Beschaffung von Rohstoffen und Baumaterialien ist mit Fortdauer der Corona-Krise zu einer existenziellen Herausforderung für die heimischen Bauunternehmen geworden. Nun hat sich die ohnedies sehr angespannte Situation auf den Rohstoffmärkten mit Lieferengpässen und unvorhersehbaren Preissprüngen durch die Ukraine-Krise nochmals zugespitzt. „Es ist zu befürchten, dass in den nächsten Wochen die prekäre Situation weiter eskaliert. Wenn nicht rasch effektive Gegenmaßnahmen ergriffen werden, droht auf vielen Baustellen die Einstellung der Bautätigkeit - mit allen negativen Konsequenzen: Trotz guter Auftragslage müssen Unternehmen Mitarbeiter beim Frühwarnsystem des AMS anmelden, entsprechende Meldungen sind bei einigen Mitgliedsbetrieben bereits in Vorbereitung“, erklärt Kommerzialrat Bernhard Breser, Innungsmeister des burgenländischen Baugewerbes.

Vor diesem Hintergrund hat Breser gemeinsam mit den Innungsmeistern aus den anderen Bundesländern eine Resolution verabschiedet. Aus Sicht des heimischen Baugewerbes sind folgende Maßnahmen unerlässlich, um die dramatische Entwicklung aufzuhalten:

Veränderliche Preise bei öffentlichen und privaten Bauaufträgen

Es ist ein Gebot der Stunde, dass sowohl öffentliche als auch private Auftraggeber ab sofort neue Bauaufträge nur und als Basis für die Anpassung der Vergütung einen sachlich zutreffenden Index heranziehen. Was bei öffentlichen Bauaufträgen aufgrund der Preissteigerungen und Lieferengpässe - unter anderem auf Basis von Empfehlungen der unabhängigen Schiedskommission - mittlerweile zum Standard geworden ist, muss auch für den privaten Bereich verbindlich werden.

Vertragsanpassungen bei bestehenden Bauverträgen

Bei zu Festpreisen abgeschlossenen Bauverträgen muss die durch höhere Gewalt ausgelöste Krisensituation zu einer Vertragsanpassung auf Basis einer indexbasierten Vergütung führen. Ebenso wird es im Falle von Lieferengpässen notwendig sein, die vereinbarten Fertigstellungstermine entsprechend anzupassen.

Gegenmaßnahmen zum Energiepreisschock

Als Gegenmaßnahme zu den exorbitant steigenden Energiepreisen ist zudem eine effektive flankierende Entlastungsmaßnahme seitens der Politik unbedingt erforderlich. Neben einer zeitlich begrenzten Refundierung der Mineralölsteuer fordert das Baugewerbe das Aussetzen der geplanten CO₂-Bepreisung.

WK-Präsident sieht Öffentliche Hand in der Verantwortung

Auch Wirtschaftskammerpräsident Peter Nemeth unterstützt die Resolution des Baugewerbes. „Die Bauwirtschaft hat sich in der Corona-Krise als eine zentrale Stütze der Volkswirtschaft erwiesen und konnte trotz schwierigster Rahmenbedingungen die Produktion und die Beschäftigung aufrechterhalten. Nun stehen die Baubetriebe vor einer existenziellen Bedrohung. Es ist daher höchst an der Zeit, dass die Rahmenbedingungen für Bautätigkeiten der aktuellen Krisensituation angepasst werden“, so der Wirtschaftskammerpräsident. Und er nimmt insbesondere die Öffentliche Hand in die Verantwortung: „Bauaufträge sollten nur mehr zu veränderlichen Preisen ausgeschrieben werden. Hier muss ein Umdenken erfolgen, damit etwa auch die Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften ihre Aufträge ausschließlich zu veränderlichen Preisen vergeben“, so Nemeth.

Das könnte Sie auch interessieren



Steven Meyer ist der beste Maurer-Lehrling des Burgenlandes



Bau deine Zukunft: Praxisnahe Suche nach den Fachkräften von morgen in Stegersbach

Patrick Zenz, der Lehrlingsexperte der Landesinnung Bau Burgenland, machte bei seinem Besuch in der Polytechnischen Schule (PTS) Stegersbach den Jugendlichen Lust auf eine Lehre im Baugewerbe.

[➤ mehr](#)



Arbeitskräftemangel und Energiepreise sorgen für Krisenstimmung

Wirtschaftsparlament [➤ mehr](#)